



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Aktuelles aus der Verbandsarbeit

Vortrag auf den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften des StGB NRW im Winter 2010

von Dr. Bernd Jürgen Schneider
Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW,
Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort!

(www.kommunen-in-nrw.de)

Anrede,

die letzte Kommunalwahl liegt erst wenige Monate zurück. Deshalb möchte ich zunächst denjenigen unter Ihnen gratulieren, die in ein kommunales Amt gewählt worden sind. Sie alle übernehmen eine große Verantwortung in einer äußerst schwierigen Zeit.

Umso mehr freue ich mich über die vielen neuen Gesichter. die neu gewählten Ratsmitglieder, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ihre Teilnahme bei der Arbeitsgemeinschaft zeigt mir: Sie wollen sich einbringen, Sie haben Interesse an der Mitarbeit im Städte- und Gemeindebund. Das ist gut so. Nie war Ihr Engagement so wertvoll wie heute.

Nie war es so wichtig wie heute, dass die kommunale Familie zusammensteht und gemeinsam für die Interessen der Städte und Gemeinden eintritt. Und dazu benötigen wir alle, jeden Bürgermeister und jedes Ratsmitglieder. Nur dann können wir erfolgreich arbeiten.

Weil das auch in der Vergangenheit so war, ist der Städte- und Gemeindebund, Ihr kommunaler Spitzenverband, ein großer, starker und einflussreicher Verband: Er vertritt die Interessen von 359 Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit über 9 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Damit sind wir der größte kommunale Spitzenverband in NRW und im Bund.

Ich sage Ihnen nichts Neues. Sie wissen es aus Ihren Haushaltsberatungen vor Ort: Die Kommunen befinden sich in der **schwersten Finanzkrise** seit dem 2. Weltkrieg. Die Finanz- und Wirtschaftskrise reißt tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte. Sie werden regelrecht zerrieben durch

- einbrechende Einnahmen,
- explodierende Ausgaben sowie
- steigende Kassenkredite.

Ich habe schon mehrere Finanzkrisen erlebt: Diese ist deshalb besonders dramatisch, weil sich sowohl auf der Einnahmenseite wie auf der Ausgabenseite die Entwicklungen geradezu überschlagen. Täglich gibt es neue Hiobsbotschaften. Und betroffen sind urplötzlich nicht nur Großstädte. Auch unsere Mitgliedsgemeinden werden vom Abwärtsstrudel erfasst. Gemeinden, die jahrzehntelang sparsam gewirtschaftet hatten und kerngesund waren.

Deshalb ist derzeit in den Kommunen, bei uns in der Geschäftsstelle und auch in meinem Vortrag nur ein Thema aktuell: die Finanzkrise,

- ihre Ursachen,
- ihre Konsequenzen für uns alle
- mögliche Lösungswege.

„Wie soll das denn weitergehen?“ Gibt es Lösungsmöglichkeiten? Was machen die kommunalen Verbände?“

Das sind die Fragen, mit denen mich Bürgermeister und Ratsmitglieder täglich konfrontieren. Und das zu Recht!

Ich will heute versuchen, ein wenig Licht in das Dunkel zu bringen.

Was sind die **Ursachen** für unsere katastrophale Situation?

Wir haben zum einen **dramatische Rückgänge** auf der Einnahmeseite zu verkräften.

Allein die **Gewerbesteuer**, die wichtigste kommunalen Einnahmequelle, ist in 2009 um durchschnittlich 20 Prozent gesunken. In manchen Städten sogar um bis zu 60 Prozent. Und die Talfahrt ist noch lange nicht vorbei

Nicht weniger katastrophal sieht es der Einkommensteuer aus. Hier sind unsere Einnahmen um rund 900 Mio. € eingebrochen. 14 Prozent weniger.

Ingesamt werden die Steuereinnahmen der kommunalen Haushalte im Vergleich zu 2008 um 2,6 Mrd. einbrechen. Da ist das Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch nicht berücksichtigt: Wird es umgesetzt, kommen weitere Einbußen von 200 Mio. € pro Jahr dazu.

Auch die Finanzausweisungen des Landes – für 2010 immerhin noch 7,6 Milliarden Euro – werden deutlich zurückgehen. Denn das Land hat selbst große Einnahmeausfälle zu verkraften. Allein in 2009 3,7 Mrd. €.

Diese Zahlen sind dramatisch – unbestritten. Aber unser Hauptproblem liegt gar nicht so sehr auf der Einnahmenseite, sondern vor allem auf der Ausgabenseite. Zu den Einnahmehinbrüchen kommen explodierende Ausgaben für Pflichtaufgaben. Diese Scherenentwicklung zerreißt uns.

Insbesondere die Ausgaben in den Bereichen Soziales und Jugend weisen alarmierende Steigerungsraten auf:

Bei den Sozialausgaben machen uns vor allem vier Aufgaben das Leben schwer:

- die „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“,
- die „Kosten der Unterkunft“,
- die „Grundsicherung“ im Alter
- und die Pflegehilfe.

Allein diese vier Aufgaben belasten die kommunalen Haushalte in NRW mit über 8,5 Milliarden Euro. Und das sind keine kommunalen Aufgaben; sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Was einmal als Einzelfallhilfe gedacht war, ist heute Massengeschäft. Jedes Jahr steigen die Ausgaben um ca. eine dreiviertel Milliarde €.

Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten immer weiter steigt. Und Fallwachstum produziert Kostenwachstum.

Weil die Menschen immer älter werden und viele dabei immer weniger Geld zur Verfügung haben, erwarten wir vor allem für die Grundsicherung für ältere Menschen explosive Steigerungsraten. Schon im letzten Jahr sind die Ausgaben um 17 % gestiegen – allein in NRW.

Dramatisch sieht es auch bei der Behindertenhilfe aus. Auch hier explodieren Fallzahlen und Kosten. Nur in NRW werden die Kommunen in diesem Jahr ca. 3,6 Mrd. Euro ausgeben.

Die Konsequenz: eine massive Erhöhung der Landschaftsumlage. Denn LVR und LWL sind für die Behindertenhilfe zuständig.

Bei Hartz IV sieht es nicht besser aus. Auch dort tickt eine Zeitbombe.

Ein Grund: Der Reformeifer der Politik treibt die Kosten für Hartz IV immer weiter in die Höhe. Schon derzeit kostet Hartz IV, das uns Gerhard Schröder als Sparprogramm verkauft hat, zig Milliarden mehr als das System vor der Reform.

Jetzt soll Hartz IV noch besser werden, tönt es aus allen Ecken der Politik.

Quer über die Parteigrenzen sollen Schonvermögen und Zuverdienstgrenzen kräftig angehoben werden.

Allen Reformideen ist eines gemein: Sie werden das System weiter verteuern, weil wir mehr Anspruchsberechtigte haben werden. Schon heute verschlingt Hartz IV 50 Mrd. €. Wir, die Kommunen in NRW, sind mit 3,5 Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft dabei. Tendenz steigend.

Der Grund: der Bund plant seinen Anteil an den Unterkunftskosten abzusenken. Die Folge: Auf die Kommunen kommen Mehrkosten zu. Bundesweit rund 2 Milliarden Euro.

Auf Druck der kommunalen Verbände haben die Länder gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt und den Vermittlungsausschuss angerufen.

Nach meinen Informationen gibt es einen Hoffnungsschimmer, dass der Bund seinen Plan aufgibt. Doch was haben die Kommunen davon, wenn gleichzeitig Schonvermögen und Zuverdienstgrenzen angehoben werden? Das ist das Prinzip linke Tasche, rechte Tasche.

Wir sind uns einig: Die Städte und Gemeinden stehen zu ihrer sozialen Verantwortung. Aber: So wie bisher kann es nicht weitergehen.

Es kann nicht sein, dass vier Kostentreiber unseres Sozialstaates ausschließlich bei den Kommunen angesiedelt sind und wir dann im Regen stehen gelassen werden.

Ich sehe nur einen Ausweg: Entweder übernehmen Bund und Länder diese Aufgaben oder Sie übernehmen einen angemessenen Teil der Kosten.

Was mich ärgert, ist die Ausrede von Bund und Land: „Wir sind auch pleite.“ Das kann doch kein Grund sein, falsche Weichenstellungen auf ewig zu akzeptieren. Berlin und Düsseldorf sollen nicht glauben, dass ein Konkurs der Kommunen sie völlig unberührt lässt.

Es ist die ständig steigende Soziallast,

- die den Kommunen die Luft zum Atmen nimmt,
- immer größere Mittel absorbiert,
- und damit immer stärker die Investitionskraft der Städte und Gemeinden zerstört.

Seit 1992 haben sich die Sachinvestitionen mehr als halbiert. Ende 2008 betragen sie nur noch 2,9 Mrd. €

Das zeigt den verzweifelten und vergeblichen Versuch der Kommunen die Kostenlawine bei den Sozialausgaben in den Griff zu bekommen.

Vergeblich, wie das kommunale Finanzierungssaldo zeigt. Über die Haushaltsjahre 1985 bis 2007 haben die Städte und Gemeinden in NRW 20 Mrd. Euro mehr ausgeben müssen, als sie eingenommen haben.

Zum Vergleich: Die Kommunen in Baden-Württemberg haben in diesem Zeitraum ein Überschuss von fast 5 Mrd. Euro erwirtschaften.

Die Zahlen sprechen für sich:

- Wir haben ein strukturelles Problem, die Städte und Gemeinden sind seit Jahrzehnten unterfinanziert.
- Und sie sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, diese strukturelle Finanzkrise zu überwinden.

Die Unterfinanzierung ist eine Erklärung für den enormen Anstieg der Kassenkredite. Diese kommunalen Dispo-Kredite sind in den letzten 10 Jahren von 2 Mrd. Euro auf 17 Mrd. Euro regelrecht explodiert. Und das nicht nur in Zeiten der Krise.

Von 2003 bis 2008 hatten wir Steuermehreinnahmen von 5 Milliarden Euro. Trotzdem sind die Kassenkredite um 8 Milliarden Euro gestiegen. Das lässt Schlimmes befürchten für die nächsten Jahre.

Derzeit haben wir günstige Zinsen, teilweise unter 1 %. Was passiert eigentlich, wenn die Zinsen wieder steigen? Das langfristige Mittel liegt bei 4 %. Schon jetzt haben wir 59 Kommunen im HSK, einige Kommunen sind bereits überschuldet, also praktisch pleite. In diesem Jahr können nur noch 14 Kommunen ihren Haushalt strukturell ausgleichen.

Manch einer rät uns jetzt: „Ihr müsst einfach sparsamer wirtschaften, dann kriegt Ihr schon die Kurve.“

Wer sich auskennt, weiß. Wir haben schon fast alle Sparpotenziale ausgeschöpft:

- Vermögen veräußert,
- Personal abgebaut,
- Pflichtaufgaben noch effizienter erfüllt,
- die freiwilligen Leistungen auf ein Minimum beschränkt
- die Investitionen auf einen historischen Tiefststand zurückgefahren.

Auch ein Griff in die Rücklagen scheidet aus. Häufig sind gar keine Rücklagen mehr da. Bis 2013 werden 2/3 aller Kommunen in NRW ihre Ausgleichsrücklage aufgezehrt haben.

Was bleibt, ist das Drehen an der Gebühren- und Steuer-schraube. Nur: Gebühren und Abgaben erhöhen Sie ein Mal. Das war's dann. Das verschafft nur kurzfristig Luft. Strukturelle Probleme lösen Sie so nicht.

Oft werden die wenigen, dem Bürger mühsam abgerungenen Mehreinnahmen von der Politik wieder kassiert: zum Beispiel durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Wenig hilfreich sind in dieser Situation auch die immer neuen Leistungsversprechen der Politik.

So will die Landesregierung in diesem Jahr weitere 56 000 Ganztagsplätze an Schulen schaffen. Die FDP möchte schon ab 2010 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Zweijährige einführen: Gleichzeitig will sie die Kindergartenbeiträge abschaffen.

Wenn Sie einen Blick in die Koalitionsvereinbarung der beiden Regierungsparteien in Berlin werfen, werden Sie feststellen: Schwarz-Gelb ergießt ein Füllhorn kostenträchtiger Ankündigungen über diese Republik. Sie wollen weitermachen wie bisher. Nach dem Motto: immer mehr und dabei immer besser.

So soll die Qualität im Betreuungsbereich weiter ansteigen, der Jugendschutz weiter verbessert werden usw. Über die Finanzierung finden Sie kein einziges Wort. Es wird nur von einer allgemeinen Kraftanstrengung gesprochen. Was dies bedeutet, wo die Belastungen liegen, was gestrichen werden soll: Fehlanzeige auf der ganzen Linie.

Der Bund gaukelt dem Bürger vor, dass alle Ebenen unseres Staates mit immer weniger Geld immer mehr Aufgaben erfüllen können. Es werden Erwartungen geweckt, die keiner erfüllen kann.

Ein Beispiel: die UN-Konvention zur gemeinsamen Beschulung von Behinderten und Nicht-Behinderten Kindern. Es mag pädagogische Gründe geben, die für den integrativen Unterricht sprechen.

Eine Frage klammern die Beteiligten aus: Wer bezahlt das denn? Wer kommt für den behindertengerechten Umbau der Schulen auf, der Sporthallen, Mensen und so weiter und so fort? Wer zahlt die zusätzlichen Schülerbeförderungskosten?

Das Schlimme ist: Nach den Ergebnissen der Föderalismuskommission I kann der Bund auf die Kommunen nicht mehr direkt zugreifen. Jetzt macht er's indirekt. Er weiß: Der Bürger differenziert nicht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Für ihn ist alles „der Staat“. Das nutzt Berlin aus. Der Bund weckt Erwartungen, die wir erfüllen müssen und nicht ablehnen können. Mitfinanzierung des Bundes: Fehlanzeige! Solidarität zwischen den staatlichen Ebenen sieht anders aus.

Ich appelliere an das Land, seinen Einfluss in Berlin zu nutzen und den Bund endlich zu einem Bewusstseinswandel zu bewegen. Künftig muss gelten: Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen.

Wir brauchen, um mit Bundespräsident Horst Köhler zu sprechen, „**eine Politik, die über den Tag hinaus denkt.**“

Zukunftsfähige Politik – das muss vor allem eine Politik der Ehrlichkeit sein. Die Politik muss endlich den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken. Viele öffentliche Leistungen sind für die Kommunen schlichtweg nicht mehr finanzierbar – jedenfalls nicht mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Weniger Einnahmen, mehr Leistung – das passt nicht zusammen.

Eine Politik, die über den Tag hinaus denkt – das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was uns derzeit in Berlin geboten wird.

Immerhin scheint der Steuerstreit jetzt entschieden – nach wochenlangem Hin und Her. Letzte Woche hat die Bundeskanzlerin angekündigt: 2011 kommt eine weitere Steuerreform. Wie der Presse zu entnehmen ist, liegt das Entlastungsvolumen bei 10 Mrd. € liegen.

2012 und 2013 sollen die weiteren Stufen folgen bis zum avisierten Gesamtentlastungsvolumen von 24 Mrd. €.

Gleichzeitig soll es eine Strukturreform geben. Kosten: weitere 15 Mrd. €.

Allein für die Kommunen in NRW bedeutet das Mindereinnahmen von insgesamt 2,5 Mrd. €. Ohne Gegenfinanzierung eine schlichte Katastrophe. Und das sage nicht nur ich als Vertreter kommunaler Interessen. Das sehen die Bürger mittlerweile genauso. Nach einer Umfrage der ARD lehnen 58 Prozent der Bundesbürger die Steuersenkungen ab.

Sie sind klüger als die Politik. Sie halten Steuerreformen auf Pump für unverantwortlich. Die Bürger wissen: Die Entlastungen von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Zu Recht fordern Sie eine solide und verlässliche Finanzpolitik und kein Steuerchaos, wie wir es derzeit in Berlin erleben.

Denn während Merkel, Westerwelle und Co. Wohltaten verteilen, verschickt der Bundesfinanzminister einen Brandbrief, in dem er zu einem strikten Sparkurs aufruft. Wolfgang Schäuble sitzt die Schuldenbremse im Nacken. Das Grundgesetz erlaubt in Zukunft nur noch im Ausnahmefall neue Schulden. Bis 2016 muss der Finanzminister 60 Milliarden Euro einsparen.

Mit kleineren Korrekturen oder der beliebten Idee des Rasenmähers wird Schäuble nicht weit kommen. Weil zwei Drittel des Etats durch gesetzlich garantierte Sozialleistungen oder Zinszahlungen auf alte Schulden blockiert sind, stößt der Rasenmäher schnell an seine Grenzen.

Der Bund wird schon bald entscheiden müssen, wie viel Sozialstaat wir uns noch leisten können. Ein strikter Sparkurs ohne Eingriffe in Leistungsgesetze ist kaum vorstellbar.

Der Bund wird auch lernen müssen, auf Klientelpolitik zu verzichten und die knappen Mittel zukunftsorientiert einzusetzen.

Kurzsichtige Aktionen wie die Erhöhung des Kindergeldes darf es dann nicht mehr geben. Für 20 Euro mehr Kindergeld, wie es das Wachstumsbeschleunigungsgesetz vorsieht, kann Mann oder Frau nichts kaufen. Wirklich zukunftsorientiert wäre es gewesen, das Geld – immerhin 4 Mrd. Euro – in den Ausbau der Kinderbetreuung zu stecken, wo es dringend benötigt wird.

Wir alle wissen: Der geplante Ausbau der U3-Betreuung reicht bei weitem nicht aus, den Rechtsanspruch ab 2013 flächendeckend umzusetzen.

Mit der geplanten Ausbauquote von 35 Prozent kommen wir da nicht hin. Es ist eingetreten, was wir schon beim Kindergipfel 2007 vorhergesagt haben: Angebot schafft Nachfrage! Hinzu kommt, dass viele Eltern ihre Kinder aus den teuren privaten Einrichtungen abmelden und zu unseren Einrichtungen schicken.

Wir wissen nicht exakt, wie hoch die Bedarfsquote ist. Was wir aber wissen ist: Die Quote wird weit über 35 % liegen. Derzeit ermitteln wir genaue Zahlen. Dann werden wir Bund und Land in die Pflicht nehmen. Wir brauchen mehr Geld; mit den derzeitigen Finanzmitteln ist der Rechtsanspruch nicht zu finanzieren.

Obwohl die Kommunen massive Probleme haben, schon die geforderte Bedarfsquote von 35 % zu erreichen, wird parallel, ohne über die Finanzen zu reden, bereits über eine qualitative Verbesserung der U3-Betreuung nachgedacht. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien in Berlin sind klare Forderungen enthalten.

Man kann über vieles trefflich diskutieren: über eine Verkleinerung der Gruppen, über eine bessere Ausbildung und Bezahlung der Gruppenleiter über eine bessere Ausstattung.

Gleichzeitig propagieren einige Parteien den so genannten „kostenfreien Kindergarten“.

Was die Politiker vergessen: Für all diese Maßnahmen gibt es derzeit keinerlei Finanzmittel. Weder Bund noch Land sind bereit, derartige Verbesserungen zu finanzieren.

Unser Hinweis auf fehlende Finanzmittel wird dann mit der Bemerkung beantwortet, es sei ein „gemeinsamer Kraftakt von Kommunen, Land und Bund erforderlich“.

Das ist der falsche Weg. Wir sollten besser mit dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof eine neue „Kultur des Maßhaltens“ zur Grundlage unseres Handelns machen. Es gilt, die Ansprüche der Wirklichkeit anzupassen. Nicht umgekehrt.

Das Anspruchsdenken überwinden – das ist für mich ein wichtiger Schritt, die staatlichen Finanzen wieder in den Griff zu bekommen. Damit die Kommunen aus der Kostenfalle herauskommen, brauchen wir Reformen, die die Finanzkraft der Gemeinden stärken und strukturelle Fehlentwicklungen korrigieren.

Mit einem Wort: Wir brauchen einen Masterplan zur Sanierung der Kommunalfinanzen.

Entscheidend sind aus meiner Sicht 5 Punkte:

1. Dauerhafte Mitfinanzierung der Soziallasten durch den Bund

Die Politik muss endlich einzusehen, dass ein funktionierender Sozialstaat eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Da die Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte wesentlich von den extremen, nicht mehr steuerbaren Kostensteigerungen im Sozialbereich ausgeht, müssen die Kommunen bei den Soziallasten nachhaltig entlastet werden. Die Neuverteilung der Kosten der sozialen Grundlast zwischen den staatlichen Ebenen stellt deshalb ein Schlüsselement eines Maßnahmenpakets dar.

Ohne Lösung diese Entlastung haben wir keine Chance auch nur annähernd auf einen grünen Zweig zu kommen.

2. Notprogramm des Landes

Ich wehre mich dagegen, Städte und Gemeinden, die den Haushaltsausgleich nicht schaffen, einfach abzuschreiben. Nach dem Motto „Selbst schuld“! Wir brauchen ein tragfähiges Konzept für die Unterstützung finanzschwacher Kommunen. Hier ist das Land in der Verantwortung, muss „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten.

Die Mittel aus dem Notprogramm wird es nicht zu Nulltarif geben. Es muss strenge Spar- und Konsolidierungsaufgaben der Finanzaufsicht geben, die auch streng überwacht werden müssen. Hierzu muss der Gesetzgeber die notwendigen Instrumente bereitstellen.

Jede Stadt, jede Gemeinde, die Mittel beansprucht, muss die Hosen runterlassen, muss mit ihrem Ausgabe- und Einnahmeverhalten, mit ihrem Vermögen und ihren wirtschaftlichen Unternehmungen auf den Prüfstand gestellt werden. Hier muss gemeindescharf entschieden werden. Das Gießkannenprinzip können und wollen wir uns nicht leisten.

Ansonsten wird Ausgabefreudigkeit belohnt und Sparsamkeit bestraft.

3. Verankerung eines Anspruchs der Kommunen auf eine finanzielle Mindestausstattung

Das Land trägt die finanzielle Verantwortung für die Kommunen, allerdings nur „im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit“, wie es in der Verfassung heißt (Art. 79 LV). Dies bedeutet: Das Land gibt nicht das, was die Kommunen objektiv benötigen, sondern nur das, was es entbehren möchte. Geht es dem Land schlechter, gibt es weniger.

Das war und ist das Einfallstor zur Verlagerung von Kosten auf die kommunale Ebene. Noch problematischer wird das Ganze durch die Schuldenbremse, die auch den Ländern verboten wird, neue Schulden aufzunehmen. Das Land wird seinen Haushalt auf Kosten der Kommunen sanieren wollen. Um das zu verhindern, brauchen wir einen Anspruch auf eine finanzielle Mindestausstattung – unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. Und in der Verfassung verankert.

4. Wer bestellt bezahlt – Konnexität umgehungssicher gestalten

In Nordrhein-Westfalen gilt das Konnexitätsprinzip: Wer bestellt, bezahlt. Wenn das Land Aufgaben auf die Kommunen überträgt, muss es für einen Kostenausgleich sorgen. Soweit die Theorie.

In der Praxis hat das Land zahlreiche Umgehungsstrategien entwickelt. Ein Beispiel: Das Land will Ganztageschulen. Dass die Schüler mittags auch essen müssen, weiß auch das Land. Um das Konnexitätsprinzip zu umgehen, trifft es aber keine gesetzliche Regelung. Das Land baut darauf, dass der öffentliche Druck die Kommunen zwingen wird, die Schüler zu versorgen. Auf eigene Kosten.

Noch ein aktuelles Beispiel: der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Auch hier weigert sich das Land den Kommunen die Mehrkosten zu erstatten – trotz eindeutiger gesetzlicher Regelungen.

Wir sind keine Prozesshanseln. Wenn das Land aber meint, das Konnexitätsprinzip auf die leichte Schulter nehmen zu können, gehen wir nach Münster. Im November haben wir gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden

Klage gegen die Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes eingereicht.

5. Umfassender Abbau von Pflichtaufgaben und Standards

Die Kommunen haben zu viele Aufgaben. Aufgaben, die sie mit ihrer gegenwärtigen finanziellen Ausstattung nicht mehr schultern können.

Hier sind Bund und Land gefragt: Alle kommunalen Aufgaben gehören auf den Prüfstand. Was müssen, was sollen, was können die Kommunen überhaupt noch leisten? 90 % der Aufgaben, die die Kommunen in NRW erfüllen, sind staatliche Pflichtaufgaben.

Krise, Haushaltslöcher, Steuereinbrüche – bei diesem Vokabular mag man es kaum glauben: 2009 gab auch positive Nachrichten für die kommunale Familie.

Ich nenne das Konjunkturpaket II. In Nordrhein-Westfalen ist es uns gelungen, die kommunalfreundlichste Umsetzung in der ganzen Bundesrepublik zu erreichen!

Städte und Gemeinden haben fast 2,4 Mrd. Euro für Zukunftsinvestitionen bekommen. Das sind nahezu 85 Prozent der ausgegebenen Mittel. Schnell und unbürokratisch sind die Kommunen an die Umsetzung gegangen, so dass der größte Teil des Geldes bereits verplant ist.

Hilfreich war die FAQ-Liste, die wir gemeinsam mit dem Innenministerium erstellt haben. So konnten die Verantwortlichen vor Ort zügig entscheiden, das Geld kam ohne Umwege beim örtlichen Handwerk an.

Großes Medienecho hatte unsere Tauschbörse: WDR, Bildzeitung und viele andere berichteten über unsere Idee, nicht benötigte Investitionsmittel zwischen den Kommunen zu tauschen. Die Tauschbörse wurde zum Vorbild für andere Bundesländer.

Was hat uns noch beschäftigt im letzten Jahr?

Ganz oben auf der Agenda standen die Verhandlungen mit dem Land über die Verteilung der Lasten der Deutschen Einheit. Sie erinnern sich: Der Verfassungsgerichtshof hatte das Land im Dezember 2007 verpflichtet, überzahlte Beiträge an die Kommunen zurückzuerstatten. Streitig war zwischen Land und Kommunen, wie viel Geld das Land zurückzahlen sollte.

Der Finanzminister wollte 597 Mio. Euro geben – für die Jahre 2006 bis 2008. Viel zu wenig! Wir haben hart verhandelt und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Nach zahlreichen Gesprächen auf Ministerebene bezahlt das Land jetzt über 900 Millionen Euro!

Keine Einigung haben wir erzielt, wie wir die Einheitslasten für die Zukunft berechnen. Das Land meint, die Kommunen sollten pro Jahr 650 Millionen Euro bezahlen – also fast die Hälfte der Summe, die auf NRW entfällt. Wir halten diese Summe für zu hoch. Ein Gutachten der Speyerer Professorin Gisela Färber bestätigt unsere Ansicht. Wenn es nicht anderes geht, werden wir wieder nach Münster gehen, um unser Recht durchzusetzen.

Ein Dauerthema war die Hartz-IV-Neuregelung. Eine Lösung ist noch nicht in Sicht, obwohl die Zeit läuft. Das Bundesverfassungsgericht hat den Bund verpflichtet, bis Ende 2010 festzulegen, wie es mit den Jobcentern weitergeht.

Die Hängepartie geht jetzt ins dritte Jahr. Das ist, nicht nur für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unerträglich. Gerade jetzt, wo die Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt erreicht, brauchen wir eine schlagkräftige Arbeitsverwaltung.

Unsere Position ist klar: Eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit darf es nicht geben – die Kosten sind für uns nicht zu beherrschen. Klar ist aber auch: Die Kommunen müssen ihr Know How auch in Zukunft einbringen können. Wir wollen kein Bundessozialamt, sondern passgenaue, lokale Lösungen.

Hartz IV, da bin ich mir sicher, wird uns auch im neuen Jahr beschäftigen. Neue Herausforderungen kommen dazu:

Ich denke an die geplante Dienstrechtsreform. Für das Frühjahr hat der Ministerpräsident ein Expertengremium einberufen, um das Beamtenrecht zu überarbeiten. Dort werden wir kommunale Interessen vertreten: Die Städte und Gemeinden brauchen ein attraktives und leistungsfähiges Beamtentum, das bezahlbar bleibt.

Ich denke an die Rekommunalisierungsdebatte. Wir werden Sie auch im neuen Jahr begleiten, wenn sich Fragen stellen wie: Soll ich den Konzessionsvertrag verlängern? Lohnt es sich ein eigenes Stadtwerk zu gründen?

„Furcht verhindert Zukunft“, hat Jürgen Rüttgers in seiner Weihnachtsansprache gesagt. Die kommunale Selbstverwaltung erlebt stürmische Zeiten. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns hart getroffen.

Aber wir haben keinen Grund zur Furcht, weil wir wissen: Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Erfolgsmodell. Wenn es die Selbstverwaltung nicht gäbe: man müsste sie erfinden. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen starke und leistungsfähige Kommunen. Deshalb bin ich sicher: Wir werden wir auch diese Krise überstehen!
